

der geht - doch in der Nähe der Wahrheit bleiben. Nicht die Landesregierung ist auf die Idee gekommen, einfach in den luftleeren Raum Zeichnungen von Kreisgrößen, Kreisgrenzen und Ähnlichem zu setzen, sondern der Innenminister hat ganz korrekt und konkret einen Auftrag der Enquetekommission ausgeführt; der war genau formuliert, und dem ist er nachgekommen - nicht mehr und nicht weniger. Das sollten wir hier nicht polemisch verwursten, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, B90/GRÜNE und DIE LINKE)

Und wenn wir einmal bei dem Thema sind - weil Sie sagen, flächendeckend seien Polizeidienststellen usw. geschlossen worden -: Es ist eine einzige Wache geschlossen worden, nämlich die in Potsdam-Babelsberg; für alle anderen Wachen sind Lösungen gefunden worden. Auch das gehört zur Wahrheit.

Meine Damen und Herren, wir haben in den Vorträgen von Herrn Schierack und Herrn Büttner eben eine der Schwierigkeiten schon gehört. Auf der einen Seite sagen beide - sie haben es sogar expressis verbis zum Ausdruck gebracht -: Lasst die kommunale Selbstverwaltung wirken und regiert denen nicht rein! - Dann kommt zwei Minuten später die Forderung: Macht jetzt einen Masterplan, und sagt denen, was sie machen sollen!

(Zuruf von der SPD: Genau!)

Also, eins geht nur, und das müssen wir dann auch einmal ehrlich und klar sagen.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Herr Kollege Büttner, Sie haben hier eine Rede gehalten - Sie sind ja immer sehr engagiert, das ist auch völlig okay -, aber zum Thema Demografie klang es am Ende doch so: Wasch' mir den Pelz, aber mach' mich nicht nass. Also: Macht was, aber macht auch nichts. Geld darf es kosten, aber es ist keins da; also spart auch dabei.

(Heiterkeit bei der SPD)

Ganz so geht das nicht.

Meine Damen und Herren, für mich steht wirklich fest: Wenn wir jemals die Eurokrise bewältigt haben, wenn die Energiewende bewältigt ist, wenn vielleicht der Flughafen offen ist - die Demografie wird als Herausforderung bleiben. Wir sollten sie aber - und dafür bin ich allen Rednern dankbar, weil es bei allen durchklang - nicht überproblematisieren.

(Beifall DIE LINKE)

Wir sollten sie nicht überproblematisieren, sondern als gesellschaftliche Herausforderung annehmen - ich komme gleich mit vier Punkten dazu -, die wir bewältigen können. Da sollten wir uns auch keine Angst machen lassen. Insbesondere Gutachter neigen manchmal dazu, ganz schwarze Bilder zu zeichnen. Wenn man die ernst nähme, könnte man sich gleich hinlegen und sagen: Tuch drüber und das war's.

Wir haben 1992/93 eine Studie bekommen - ich war damals für Raumordnung zuständig -, in der zwei Vorhersagen getroffen worden waren. Die eine war: In ca. 10 Jahren wird das Dorf-

Präsident Fritsch:

Das Wort erhält die Landesregierung. Ministerpräsident Platzeck spricht.

Ministerpräsident Platzeck:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vielen Dank, Frau Nonnemacher - danke vor allem deshalb, weil ich glaube, dass dieses Thema, das uns ja noch lange begleiten wird, möglichst ohne Polemik - wo es geht, ein bisschen Polemik muss ja immer dabei sein - diskutiert werden sollte.

(Vereinzelt Beifall SPD)

Es berührt alle gesellschaftlichen Schichten, es wird uns über Jahrzehnte treu bleiben, und deshalb wäre es gut, wenn wir versuchten, lange Linien zu ziehen.

Prof. Schierack, ich bin Ihnen und Ihrer Fraktion dankbar, dass Sie das auf die Tagesordnung gesetzt haben. Meine herzliche Bitte ist aber: Wir sollten bei allen Argumenten - auch wenn es politisch dann ein Stückchen wettbewerblich und gegeneinan-

sterben beginnen. Die zweite war: In ca. 20 Jahren wird das Dorfsterben in bestimmten Regionen schon abgeschlossen sein. Wir haben die 10 Jahre danach erlebt, jetzt sind wir 20 Jahre danach. Glücklicherweise hat sich diese wissenschaftliche Vorhersage in keiner Weise bewahrheitet. Es ist bis heute kein Dorf in Brandenburg geschlossen worden.

Es ist wahr: Das Leben - der Charakter des Lebens - in etlichen Brandenburger Dörfern hat sich verändert, manchmal in eine schwierige Richtung - weil das Dorf älter geworden ist -, manchmal aber ist der Fächer der Möglichkeiten auch weiter aufgegangen. Wir haben uns alle gefreut, von links bis rechts, von oben bis unten, dass wir Projekte ehren konnten wie „Oper auf dem Dorf“ und „Musik für alle“. Da sind Kultur- und Kunstprojekte entstanden, da ist an vielen Stellen eine Vielfalt eingezogen, die wir vor 20 Jahren - gerade auf der Basis dieser Gutachten - nicht einmal annähernd für möglich gehalten hätten.

Ja, es begleiten uns dort Schwierigkeiten, weil manche Neubürger, die aus städtischen Räumen kommen, denken, dass sie in eine Gartenstadt und nicht auf ein Dorf ziehen, denn da soll kein Trecker fahren, kein Hahn krähen und kein Misthaufen sein. Aber darüber kommt man hinweg. Wichtig ist: Alle Dörfer in diesem Land existieren noch, und ich wage die Vorhersage: Sie werden auch in 10 Jahren noch existieren, sie werden nicht kaputtgehen, meine Damen und Herren.

(Jürgens [DIE LINKE]: Horno! - Vereinzelt Beifall - Zuruf von Frau Schulz-Höpfner [CDU])

- Fast alle. Richtig, Frau Schulz-Höpfner, fast alle. Ich habe mich jetzt aber auf demografische Dinge bezogen, in der anderen Frage haben Sie Recht.

Wir haben vor drei oder vier Jahren - ich weiß nicht mehr genau, wann es war - in der Europäischen Union ein Symposium gehabt, in dem gezeigt wurde, was in Europa demografisch passieren wird. Es wurde mit deutlicher Betonung gesagt: Es könnte Regionen geben, in denen jede vierte Schule geschlossen werden muss. Es könnte Städte geben, die 10 bis 20 % Bevölkerungsverlust zu beklagen haben - und, und, und; ich will das jetzt nicht alles wiederholen. Wir haben dabeigesessen, haben uns nur angesehen und gesagt: Ach nee, so etwas droht also in den nächsten Jahren in Europa. - Das war eine Zeit, als wir - Sie werden sich erinnern, weil Sie dabei waren und das auch sehr konstruktiv - das Schulsystem längst hatten darauf einstellen müssen, leider verbunden mit der Schließung jeder zweiten Schule. Das war zu Zeiten, als wir in Schwedt, Eisenhüttenstadt, Guben und anderen Städten bereits ein Drittel Einwohnerrückgang nicht nur hatten, sondern teilweise auch bereits verarbeitet hatten.

Ich habe im letzten Sommer mit Kollegen aus anderen Bundesländern, die das auch sehr interessiert hat, einen halben Tag einen Stadtrundgang in Eisenhüttenstadt mit der Stadtarchitektin gemacht, wobei alle Aspekte eines solchen Stadtrückbaus beleuchtet wurden. Diejenigen, die davon noch nicht berührt waren, haben mit großen Augen geguckt, was das für eine Herausforderung ist. Es ist ja nicht nur eine architektonische - Abriss und Rückbau gehören dazu -, sondern die Stadt verändert sich auch unter der Erde, der Charakter der Stadt verändert sich, die Zentralität verändert sich, die Verkehrsflüsse verändern sich. Darauf, dass das so bewältigt wurde, können wir auch stolz

sein. Das haben wir schon hinter uns, meine Damen und Herren, das ist schon passiert.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Wir haben 30 historische Stadtkerne - da wird jetzt einer fragen: Was hat das mit Demografie zu tun? - inzwischen wieder hervorragend in Schuss. Denn das erst ermöglicht, dass die Kernstädte weiterleben können, weil sie attraktiv für Bewohner, für Handel und Gewerbe, für das Handwerk geworden sind und dazu eine hohe Lebensqualität ermöglichen.

Wir haben den öffentlichen Personennahverkehr in den letzten 20 Jahren an vielen Stellen Stück für Stück umgestellt. Das waren herbe Einschnitte. Wer erinnert sich nicht noch an die 90er und den Anfang der 2000er-Jahre, wo es um manche Bahnhöfe ging, die nicht mehr zu halten waren? Aber da ist das Gros der Arbeit getan, und wir haben heute an vielen Stellen einen sehr gut funktionierenden öffentlichen Personennahverkehr - trotz der demografischen Herausforderung.

Wir haben die Regionalen Wachstumskerne eingeführt; da waren Sie übrigens dabei. Wir haben damals in der Begründung gesagt: Auch das ist eine Reaktion - prophylaktisch - auf die demografische Herausforderung, um ein Gerüst im Land zu haben, ein Gerüst, das dieses Land am Ende hält, trägt und stabilisiert. Wir haben uns über viele Jahre bemüht, den Haushalt zu konsolidieren - natürlich auch mit Blick auf die demografischen Herausforderungen -, weil wir weniger Menschen werden und dadurch weniger Geld bekommen. Deshalb haben wir uns frühzeitig finanziell darauf eingestellt, mit dem Geld auszukommen. Wir gehören zu den wenigen Bundesländern, die ab 2014 geplant keine neuen Schulden mehr aufnehmen wollen.

Wir haben eine heiß umstrittene Personalbedarfsplanung aufgelegt, die ganz genau auf diese demografischen Herausforderungen schon präventiv reagiert. Das gefällt vielen nicht, das ist völlig klar, aber sie ist genau eine Reaktion auf das, was passiert.

Wir haben unseren Krankenhausplan darauf ausgerichtet, wie die Bevölkerungsstruktur in 5, 10, 15 und 20 Jahren sein wird. Wir haben ein Fachkräfteportal eingerichtet, weil wir wissen, dass wir Fachkräfte brauchen werden. Wir wollen sie anwerben. Wir wollen auch Rückkehrer, deshalb unterstützen wir entsprechende Initiativen. Wir wollen den Rückkehrern Mut machen, wir unterstützen sie, und wir hoffen, dass diese Initiativen sich weiter ausbreiten.

Alles das, Herr Schierack, sind Dinge, die ganz eng mit der demografischen Entwicklung zusammenhängen. Machen Sie von mir aus daraus einen Masterplan, aber wichtig ist, dass jeder mitdenkt - jeder Fachbereich, jedes Ministerium, jeder Bereich -: Was ist für eine Herausforderung da, wie machen wir es? Und ich denke: Wir stehen da wahrlich nicht schlecht da.

Meine Damen und Herren, wir haben eine Demografiekommission für die Grundschulversorgung im ländlichen Raum eingerichtet, um ab 2020 auch da möglichst auf der sicheren Seite zu sein und nicht erst reagieren zu müssen. Wir haben mit Gemeindegewerbestellen, Telemedizin und anderen Dingen auf eine älter werdende, weniger werdende und multimorbide werdende Bevölkerung zu reagieren begonnen. Ich freue

mich auch sehr, dass neulich eine FDP-Staatssekretärin beim Besuch eines medizinischen Versorgungszentrums in einem Krankenhaus gesagt hat: Das ist eine ganz tolle Idee. - Und als ihr gesagt wurde „Früher hieß das Poliklinik!“, hat sie gesagt: Dann nennt es doch so!

(Zustimmung bei der Fraktion DIE LINKE)

Auch das sind doch Dinge, die wieder zurückkommen, aber auch Reaktionen auf die demografische Entwicklung sind. Denn wo kein niedergelassener Arzt mehr ist, gibt es auch keine Konkurrenz, da braucht die Kassenärztliche Vereinigung nicht zu protestieren.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Schön wär's!)

Die Krankenhäuser beginnen mit Stipendien für Medizinstudenten, um sie anzuwerben. Sie bezahlen ihnen ein Teil des Studiums. Das ist auch eine Reaktion auf die demografische Herausforderung.

Herr Schierack oder Herr Büttner - ich weiß nicht wer es gesagt hat -: Natürlich ist es nur ein ganz kleiner Beitrag, wenn Auszeichnungen aktiven Bürgervereinen oder -verbänden verliehen werden, die sich zur Demografie etwas einfallen lassen. Aber ich habe jetzt schon gemerkt, dass dieses Demografieprojekt des Monats durch die Auszeichnung Öffentlichkeit erfährt und dadurch für andere nachnutzbar wird. Das ist der tiefere Sinn, und ich finde, das hat durchaus seinen Platz.

Meine Damen und Herren, wir werden uns in den nächsten Jahren sehr viel einfallen lassen müssen, um die Frage beantworten zu müssen, wie ein würdiger Übergang ins Alter passieren kann. Frau Nonnemacher hat den beruflichen Aspekt erwähnt. Der Innenminister ist dabei, mit Gewerkschaften auch darüber zu reden, wie Altersübergänge im öffentlichen Dienst passieren können, genau in dem Sinn, wie Sie es sagen: Viele Leute wollen noch arbeiten, können aber nicht mehr alles machen.

Wir müssen mit starren Systemen aufhören und stattdessen gleitende Übergänge schaffen. Diese sind übrigens auch für die Seelenlage des Menschen viel angenehmer als 100 % bis zum Stichtag zu arbeiten und dann gar nicht mehr; da haben wir noch viel Luft.

Wir müssen auch viele neue Ideen haben für Wohnformen im Alter. Die normale „Fruchtfolge“ - zu Hause wohnen, dann Altersheim, dann Pflegeheim - wird nicht mehr ausreichen. Das wird weder bezahlbar sein, noch ist es menschengerecht.

Wir brauchen Regeln, die verhindern, dass eine Wohngemeinschaft von sechs älteren Leuten schon unter die Heimverordnung fällt. Das wird nicht praktikabel sein, wir müssen andere Wege suchen.

Viele gute Initiativen vor Ort wurden erwähnt, aber wir merken bei fast allen - mehrere Redner haben es angeführt -, dass wir an Grenzen und Regeln, auf Gesetze und Verordnungen stoßen. Diese hatten in einer dichter werdenden Gesellschaft alle einen Sinn. Man muss Regeln aufstellen, wenn Leute dicht beieinander wohnen, wenn das Tempo höher wird. Wenn es aber ruhiger wird, wenn in ausgedünnten Gegenden weniger Menschen leben, muss man von dieser Regeldichte manches zurücknehmen -

sonst funktioniert das Zusammenleben nicht mehr. Wenn der vorhin erwähnte KombiBus mittlerweile mit mehreren Dutzend Ausnahmeregelungen fährt, müssen wir in zwei Jahren - wenn das Modell ausläuft - so weit sein, dass wir die Ausnahme zur Regel machen, indem wir sagen: Der darf fahren - weil er erfolgreich fährt! Über diese Dinge müssen wir nachdenken.

(Beifall SPD, DIE LINKE und B90/GRÜNE)

Meine Damen und Herren, ich bin froh, dass wir heute über dieses Thema sprechen, weil es jedes Nachdenken lohnt. Wir stehen in Brandenburg vor einer Herausforderung - Herr Schierack hat sie kurz berührt -, die kein anderes ostdeutsches Bundesland hat: Wir haben - anders als Sachsen, Sachsen-Anhalt oder Thüringen - eine Monozentralität. Bis zum Jahr 2030 versammelt sich ungefähr die Hälfte unserer Wohnbevölkerung in „Rufweite“ Berlins. Daraus ergeben sich ganz andere Notwendigkeiten bei Schulbau, Kita-Bau, Verkehrsinfrastruktur usw. Die andere Hälfte der Bevölkerung hat 85 % der Landesfläche für sich. Das klingt zunächst nicht schlecht; man hat viel Platz und stört niemanden. Aber beiden Hälften das Gefühl zu vermitteln: Ihr lebt im gleichen Land, beides ist Brandenburg, beides bietet wenigstens ähnliche Lebensqualität, Herausforderungen und Herangehensweisen - das wird unsere gemeinsame Aufgabe sein. Ich freue mich darauf, weil ich glaube, dass wir diese Fragen in den letzten 20 Jahren gut bewältigt haben. Wir werden auch die nächsten 20 Jahre gut hinkriegen. - Vielen Dank.